

Frage 1:

Lange Wartezeiten auf einen Termin bei Rheumatolog*innen sind für Rheumakranke Normalität.

- Ist Ihnen die Anzahl der in NRW praktizierenden Rheumatolog*innen bekannt?
- Planen Sie fördernde Maßnahmen für die Niederlassung von Rheumatolog*innen bei freierwerdenden internistischen Arztsitzen?

Der Schlüssel zu kürzeren Wartezeiten ist ein flächendeckendes Angebot mit gut ausgebildeten Haus- und Fachärzten. In den vergangenen fünf Jahren haben wir uns intensiv mit dem Thema Ärztemangel – sowohl bei Haus- als auch bei Fachärzten – auseinandergesetzt und dem Mangel beispielsweise mit die Einführung der Landarztquote und dem Ausbau von Studienplätzen für angehende Ärztinnen und Ärzte entgegengewirkt. Zudem haben wir die Berufsanerkennung für ausländische Ärztinnen und Ärzte verbessert. In den kommenden fünf Jahren werden wir uns mit dem Ausbau von entsprechenden Ausbildungs-, Studiums- und Weiterbildungsmöglichkeiten weiter für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung stark machen, selbstverständlich auch für eine flächendeckende Versorgung von rheumatologischen Behandlungen.

Frage 2:

- Wie werden Sie eine spezialisierte stationäre Versorgung von Rheumakranken sicherstellen?
- Werden Sie für flächendeckende rheumatologische Fachabteilungen in Kliniken Sorge tragen?
- Werden sie sich für eine koordinierte interdisziplinäre Versorgung durch spezialisierte Fachärzt*innen einsetzen?

Spezialisierte stationäre Versorgung benötigt ausfinanzierte Krankenhäuser. Deshalb haben wir in den vergangenen fünf Jahren erhebliche Verbesserungen bei der Investitionsförderung der Krankenhäuser vorgenommen und ihnen rund zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt. Insgesamt summieren sich die Fördermittel des Landes für Krankenhäuser seit 2017 auf 5,2 Milliarden Euro. In Zukunft werden wir die pauschale Krankenhausinvestitionskostenförderung qualitativ verbessern und quantitativ anheben. Für uns gilt auch in den kommenden Jahren: Es kann nicht alleine dem Markt überlassen werden, wo welches Krankenhaus mit welchem medizinischen Angebot steht. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Krankenhausversorgung mit Grundversorgung und Spezialisierungen, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Über- und Unterkapazitäten sollen so verhindert werden.

Frage 3:

Aktuell gibt es in NRW nur vier Lehrstühle für internistische Rheumatologie.

- Werden Sie auf weitere Lehrstühle hinwirken?
- Werden Sie dafür Sorge tragen, dass Rheumatologie an allen medizinischen Fakultäten in obligatorischen Vorlesungen und Praktika gelehrt und als Wahlfach angeboten wird?

Wir werden eine flächendeckende wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sicherstellen und gleichzeitig die Spezialisierung und damit die Qualität der Patientenversorgung steigern. Wie in den vergangenen Jahren werden wir auch in Zukunft für eine Versorgungssicherheit eintreten. Wenn in diesem Zusammenhang die Möglichkeit besteht, durch zusätzliche Lehrstühle die Versorgung zu verbessern, werden wir entsprechende Maßnahmen prüfen und umsetzen.

Frage 4:

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrheumatologie an den Universitäten und Fachkliniken in NRW gelehrt wird?
- Welche Maßnahmen werden Sie zur Etablierung und Stärkung der Versorgungsforschung in den Hochschulen in NRW ergreifen?

Mit seinen großen Universitätsklinika steht Nordrhein-Westfalen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus für Spitzenmedizin. Um dies auch in Zukunft sicherzustellen, haben wir bspw. das erste virtuelle Krankenhaus Deutschlands geschaffen. Hier können sich Medizinerinnen und Mediziner mit Fachspezialisten etwa aus Universitätskliniken austauschen und Hinweise für die Behandlung von Patientinnen und Patienten erhalten. So konnten patientengefährdende Transporte zwischen den Krankenhäusern deutlich reduziert werden und pflegerische Ressourcen besser genutzt werden. Es nehmen bereits 40 Krankenhäuser an der telekonsiliarischen Beratung teil, über 150 Krankenhäuser haben Verträge zur Zusammenarbeit geschlossen.

Frage 5:

- Werden Sie auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure des Gesundheitswesens mit Organisationen der Selbsthilfe hinwirken?
- Werden Sie die Patientenbeteiligung in Gremien des Gesundheitswesens stärken und sich für ausreichende Mittel für deren Koordination und Begleitung einsetzen?

Die individuelle Betrachtung der Pflege- oder Hilfsbedürftigen steht bei uns im Fokus. Wir wollen allen Menschen die auf Pflege, medizinische Unterstützung oder sonstige Hilfe angewiesen sind ein möglichst selbstständiges Leben bei gleichzeitig bester Versorgung anbieten. Dafür ist es notwendig, dass alle Beteiligten, ob aus dem medizinischen Bereich, der Pflege oder der Familie, kommunizieren und die einzelnen Gliedern flexibel kooperieren. Alle Entscheidungen müssen deshalb mit und nicht über den Kreis der Betroffenen und Beteiligten beschlossen werden. Sie anzuhören, Perspektiven abzuwägen, Beteiligungen zu verstetigen und Schwerpunkte zu setzen ist die Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Frage 6: Das Funktionstraining ist bei Vorliegen der med. Notwendigkeit eine Pflichtleistung der Krankenkassen. Es wird in 30° warmem Wasser durchgeführt. In NRW werden zunehmend geeignete Bäder geschlossen. Wie werden Sie den Sicherstellungsauftrag der Krankenkassen in der Wassergymnastik gewährleisten?

Die Bewirtschaftung der öffentlichen Bäder ist erster Linie Aufgabe der jeweiligen Kommune. Diese haben wir in den vergangenen Jahren für den Erhalt von Sportstätten unterstützt; etwa durch die Programme „Moderne Sportstätten“ und „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“, die Gemeindefinanzierung oder für einzelne Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung. Vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach Förderungen von Sportstätten werden wir uns auch in Zukunft für eine entsprechende Förderung, von der auch Schwimmbäder profitieren können, ebenso wie für eine starke Finanzierung der Kommunen einsetzen. Da Physiotherapien und medizinische Rehabilitationen die Selbstständigkeit vieler Menschen erhalten, wollen wir auch diese in Zukunft zuverlässig stärken. Um konkrete Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten, werden wir eine entsprechende Expertenkommission einberufen.

Frage 7:

Etwa 4 von 1000 Schüler*innen leiden an einer rheumatischen Erkrankung.

- Wie stellen Sie sich eine verpflichtende und flexible Umsetzung individueller Nachteilsausgleiche vor?
- Wie stellen Sie die Beschulung chronisch kranker Schüler*innen mit regelmäßigen krankheitsbedingten Fehlzeiten sicher?

Die Pandemie hat gezeigt, welche Möglichkeiten die Digitalisierung in den Schulen bieten kann. Die Potentiale der Digitalisierung wollen wir voll ausschöpfen, auch zu Gunsten der Kinder, die unter Krankheiten leiden oder medizinische Behandlungen benötigen. Dafür braucht es technische Ausstattung für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonal, digital Lehrplattformen sowie technisch entsprechend geschultes Lehrpersonal. Damit Lehrerinnen und Lehrer sich im Einzel- oder Krankheitsfall etwas mehr Zeit nehmen zu können, werden wir auch in Zukunft weiterhin mit verschiedenen Instrumenten daran arbeiten, dass mehr Lehrkräfte eingesetzt werden und die Klassengröße nicht weiter steigt.

Frage 8:

- Werden Sie sich für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum engagieren?
- Werden Sie sich für Barrierefreiheit im Öffentlichen Nahverkehr einsetzen?
- Werden Sie sich für barrierefreie Arztpraxen stark machen?
- Ab wann werden Sie Barrierefreiheit an allen Schulen gewährleisten?

Barrierefreiheit ist eine grundsätzliche Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Deshalb haben wir bspw. dafür gesorgt, dass Barrierefreiheit Standard beim Neubau wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichend Angebote zum barrierefreien und selbstständigen Wohnen bereitstehen. Barrierefreiheit muss selbstverständlich und ganz besonders auch in Arztpraxen, im öffentlichen Raum und bei öffentlichen Institutionen Anwendung finden. Um die Mobilität von Menschen mit Behinderung weiter zu verbessern, werden wir uns zudem auch weiterhin für einen barrierefreien ÖPNV stark machen. Auch bei der Partizipation am Arbeitsleben dürfen keinerlei Barrieren für Menschen mit Behinderung im Wege stehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Menschen mit Behinderung eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Die Inklusionsunternehmen spielen eine wichtige Rolle. Diese wollen wir weiter fördern und auch ein flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sicherstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Carina Catap
Leitende Referentin im Kampagnenteam



CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf

Carina.Catap@cdu-nrw.de
www.cdu-nrw.de